

Bankverbindung:
Hamburger Sparkasse
IBAN DE56 2005 0550 1204 1205 52
BIC HASPDEHH

VSZ e.V. Postfach 62 04 62 22404 Hamburg
- Geschäftsstelle Keplerstr. 5 37085 Göttingen -

Datum :

Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Petition Krankenversicherungsbeiträge / „Doppelverbeitragung“ auf Betriebsrenten abschaffen

Sehr geehrte Damen und Herren
des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages!

Der Verein zur Sicherung der Zusatzversorgungsrente VSZ e. V. weist nachfolgend auf ein schon seit Jahren ungelöstes Problem des Öffentlichen Dienstes hin, das bei den Betroffenen zutiefst Empörung auslöst.

Es handelt sich dabei um die seit 2004 erhobenen zusätzlichen Krankenversicherungsbeiträge von ca. 18 % auf die Zusatzversorgungs- bzw. Betriebsrente – bekannt als „Doppelverbeitragung“. **Diese stellt eine rechtsmissbräuchliche Doppelbelastung der Rentnerinnen und Rentner mit KV-Beiträgen dar.**

Ursprünglich war die VBL-Zusatzversorgungsrente überhaupt nicht mit KV-Beiträgen belastet. Ab 1982 wurde dieser KV-Beitrag dann aber gestaffelt eingeführt. 2004 wurde der KV-Beitrag dann schlicht auf den vollen Beitragssatz verdoppelt, was unverständlicherweise höchstrichterlich gebilligt wurde, bis auf eine abweichende Entscheidung eines Senats des Bundessozialgerichtes. Rechtsmissbräuchlich ist diese Doppelverbeitragung deswegen, weil bereits die Einzahlungsleistung vom jeweiligen Arbeitnehmer und Arbeitgeber als sozialversicherungspflichtiger Bruttolohn behandelt wird, so dass die entsprechenden Krankenversicherungsbeiträge auf das Arbeitseinkommen der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ja bereits einmal gezahlt wurden. Mit dem Erhalt ihrer

Eingetragen im Vereinsregister beim Amtsgericht Hamburg unter Nr. 11577

Vorsitzender RA Bernhard Mathies, Tel. 04131-400093, Fax. -249144
Stellvertretender Vorsitzender Dr. Norbert Kania, Tel. 0511-231374
Schatzmeister: Johannes Schöttelndreier, Tel. 040-5318270
Schriftwartin: Margot Matz, Tel. 05203-9023643 Pressewartin: Helga Frankenstein, Tel. 030-4456644

Zusatzversorgungsrente bzw. der Betriebsrente werden die Rentner und Rentnerinnen des ÖD nun seit 2004 erneut mit zusätzlichen Krankenversicherungsbeiträgen zur Kasse gebeten und damit - im wahrsten Sinne des Wortes - doppelt belastet !

Betroffen sind von der Entscheidung der damaligen Bundesregierung unter ROT/GRÜN und mit Zustimmung der CDU/CSU mehr als 2,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner des Öffentlichen Dienstes, die bei der VBL oder einer anderen Zusatzversorgungskasse pflichtversichert sind, sowie deren Angehörige!

Die Empörung bei den Betroffenen ist immens, weil der Öffentliche Dienst innerhalb kürzester Zeit gleich zweimal in dramatischer Weise zur Ader gelassen wurde: schon einmal im Zuge der willkürlichen und einseitigen Abschaffung des Gesamtversorgungs-systems 2001/2002 und wenig später erneut mit der „Doppelverbeitragung“ 2004, die noch „on top“ auf die ohnehin schon sehr massiven Kürzungen bei der Zusatzversorgungsrente kommt.

Viele der durch die „Doppelverbeitragung“ betroffenen Rentnerinnen und Rentner des Öffentlichen Dienstes befinden sich inzwischen in der Altersruhe. Angesichts ihres fortgeschrittenen Alters und dem zögerlichen sowie hinhaltenden Taktieren der politischen Verfahrensbeteiligten drängt sich der Eindruck auf, dass das Problem mal wieder schlicht ausgesessen werden soll. Das wäre völlig inakzeptabel !

Der Verein zur Sicherung der Zusatzversorgungsrente e. V. (VSZ e. V.) fordert Sie daher auf, sich dafür einzusetzen, diese ungerechten und massiven Benachteiligungen der Rentnerinnen und Rentner des Öffentlichen Dienstes zu beenden und rückgängig zu machen! Das heißt im Einzelnen:

- 1. Sofortiger Stopp der Doppelverbeitragung aller Modelle der betrieblichen Altersversorgung, einschließlich der Zusatzversorgungs- bzw. Betriebsrente der Rentnerinnen und Rentner des Öffentlichen Dienstes*
- 2. sowie Rückzahlung der seit 2004 geleisteten überhöhten Krankenversicherungsbeiträge !*

Der VSZ e. V. solidarisiert sich darüber hinaus ausdrücklich auch mit anderen betroffenen Bürgern und Organisationen, wie z. B. mit dem Verein für Direktversicherungsgeschädigte DVG e. V., mit der Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer in NRW SchaLL. NRW sowie mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie IG BCE, und stellt sich hinter deren Forderungen.

Mit freundlichen Grüßen

.....
Rechtsanwalt Bernhard Mathies
Vorsitzender des Vereins zur Sicherung der Zusatzversorgungsrente e. V.